

Der Fall Zyperns

Ist Zypern in die Krise gekommen weil dort in großem Stil russisches und sonstiges Schwarzgeld gewaschen wird, wie manche behaupten oder gibt es dafür andere Gründe? Welche Konsequenzen und Auswirkungen kann sie bei uns haben?

Wie jedes Unternehmen muss ein Staat Geld verdienen.

Ein Unternehmen stellt ein Produkt her und verkauft es. Ein Staat stellt auch ein Produkt her und zwar eine Struktur – Infrastruktur, Bildung, Versorgung der Kranken, Alten und sozial schwachen, Verteidigung, etc. und verkauft es ebenfalls. Der Preis dafür ist die Steuer, die wir zu bezahlen haben. Der wesentliche Unterschied zu dem Unternehmen besteht darin, dass der Staat nicht regional diversifizieren kann (es kann die Steuer nur von den eigenen Bürgern erheben) und die Bürger(Konsumenten) kein Ersatzprodukt für die Dienstleistungen des Staates haben (mindestens solange die in dem Staat leben oder die Bürgerschaft besitzen).

Damit ergibt sich ein Hoheitsanspruch des Staates auf seine Bürger, wir können dem Zugriff des Staates nicht entkommen, weder finanziell (Steuern) noch physisch (Wehrdienst). Das heißt, dass der Staat auch jeder Zeit uns und unser Vermögen für sich beanspruchen kann und darf. Das Vermögen ist dran, wenn die Staatsfinanzen klamm sind, und unser Leib und Leben sind dran, wenn z. B. ein Krieg ausbricht.

Für eine funktionierende Wirtschaft braucht jeder Staat, wie ein Unternehmen, ein Geschäftsmodell. In Deutschland ist es z. B. Maschinenbau (Exportweltmeister), in der Schweiz

die Sicherheit (Geldparadies), in Italien – la bella figura (Mode/Design), in China – Industrieproduktion.

Dabei gibt es zwei grundsätzliche Modelle: Produktion, wie in Deutschland, oder Status, wie in der Schweiz.

Kleine Staaten mit wenig Bevölkerung haben einen großen Nachteil gegenüber bevölkerungsreichen Staaten. Sie können keine große Industrienation werden aus dem einfachen Grund, dass Ihnen dafür die Menge an Einwohnern fehlt, die für Industrieproduktion in große Stil erforderlich ist.

„Unversicherte Einlagen der Laiki Bank, die mit 4,2 Milliarden Euro beziffert werden, [...] werden damit aller Voraussicht nach zu 100 Prozent verloren gehen.“

Deswegen haben die meisten kleinen Staaten (notgedrungen) auf ein Verwaltungsmodell spezialisiert und zwar Kapitalverwaltung. Alle Steueroasen dieser Welt sind kleine Staaten (Monaco, Luxemburg, Schweiz, Lichtenstein, Bermuda Inseln, Irland, Island, Zypern...etc). Das Modell ist auch immer gleich aufgebaut: Große Mengen Kapitals werden mittels einer lockeren Regulierung, geringer Bürokratie und niedrigen Steuern angelockt. Eine kleine Marge auf ein großes Kapitalvolumen garantiert dann die Staatseinnahmen und sichert das Überleben des kleinen Staates.

Eigentlich eine feine Sache, die für alle Beteiligten prima funktionieren kann.

Was jetzt gerade ist in Zypern in Zypern passiert?

Das Geschäftsmodell für Zypern unterscheidet sich keineswegs von dem der

anderen kleinen Steueroasen. Nicht die Schwarzgelder haben den Zyprioten jetzt das Genick gebrochen, sondern die Euro-Krise, genauer gesagt die Griechenland-Pleite.

Zypern ist historisch gesehen ein zweigeteilter Mini-Staat. Die eine Hälfte ist griechisch, die andere türkisch. Das griechische Teil gehört zu der Eurozone. Deswegen waren die zypriotischen Banken schon immer in Griechenland vertreten, sowohl als Staats- und Unternehmensfinanzierer aber auch als wichtige Akteure bei den Konsumenten- und Hypothekendarlehen.

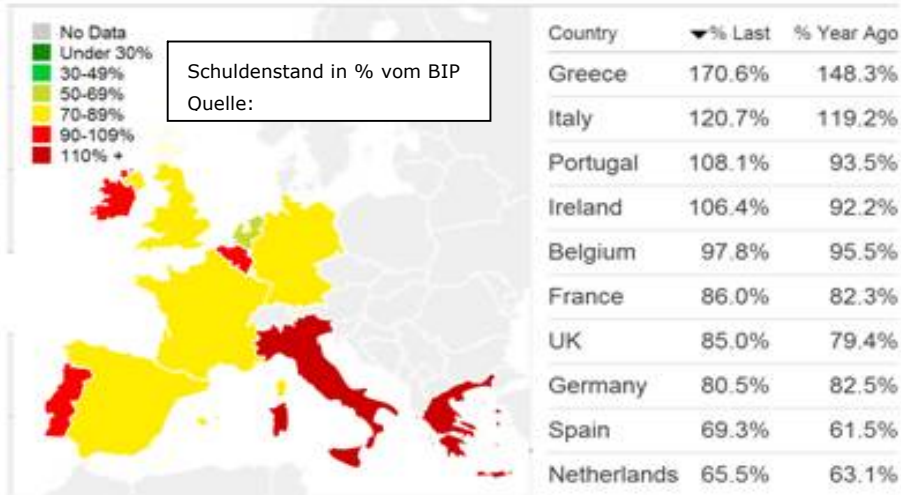
Als der griechische Staat kurz vor dem Zusammenbruch stand, kauften die zypriotischen Banken die optisch renditestarken griechischen Anleihen von den übrigen europäischen Banken, Das war für Europa zu diesem Zeitpunkt eine sehr günstige Lösung.

Dann kam der „Haircut“. 70% Verlust auf die griechischen Anleihen war nicht von Pappe und hat richtig weh getan.

Dazuhin brachen wegen der Wirtschaftskrise in Griechenland die übrigen Kredite ebenfalls zusammen. Die die vom Ausfall bedrohten Kredite, „non-performing loans“, sind z. B. bei der Cyprus Popular Bank (vergleichbar mit den Sparkasse in Deutschland) auf die dramatische 28% angestiegen. Das kann keine Bank verkraften.

Deswegen mußten die zypriotischen Banken an die Notliquidität der EZB angeschlossen werden. Nur hat es damals kaum einer mitbekommen.

Aber jetzt kommen die wahren Kosten der Griechenlandpleite langsam ans Licht. Und die EZB und die Europäische Gemeinschaft sind bereit zu helfen wie schon vorher sie schon vorher in Ungarn, Island, Irland Griechenland,



Spanien und Italien. Allerdings diesmal mit einer Bedingung. Der Zypriische Staat müsse seinen Hoheitsanspruch durchsetzen und die Bürger zur Ader lassen.

So eine Maßnahme ist in einer Demokratie ganz schlecht für die Regierung, wenn sie wieder gewählt werden will. Kein Wunder, dass die Regierungsvertreter erst einmal laut „Nein“ sagten und parallel dazu fieberhaft mit Russland über Kredite verhandelten für die als Sicherheit mögliche künftige Erträge aus den Erdgasvorkommen um Zypern angeboten wurden. Aber die Russen verstehen das Geschäft und verlangten den kompletten Verkauf der möglichen Vorkommen. Dem konnten die Zyprioten natürlich nicht zustimmen, denn sie sitzen zwar in der Klemme, aber ihnen ist klar, dass sie von mit dem Kauf alle künftigen Ertragschancen und damit auch alle künftigen Sanierungschancen die das Erdgasgeschäft bietet aus der Hand gaben.

Nach einem Hin- und Her-Geschachere am Wochenende haben sich die Parteien auf eine Lösung geeinigt.

Der Einigung zufolge soll die zweitgrößte Bank des Landes, Laiki, abge-

wickelt werden. Inhaber von Guthaben und Anleihen mit mehr als 100.000 € bei Laiki müssen Verluste hinnehmen, deren Höhe noch nicht genau feststehen. „Unversicherte Einlagen der Laiki Bank, die mit 4,2 Milliarden Euro beziffert werden, gehen in eine sogenannte „Bad Bank“ und werden damit aller Voraussicht nach zu 100 Prozent verloren gehen [...] Der Plan sieht vor, dass die zyprische Laiki Bank (oder Popular Bank of Cyprus Pcl) sofort geschlossen und abgewickelt wird.

Bankkunden und Sparer werden künftig für die Sanierung von Banken und Staatshaushalten bluten müssen

Die rechtliche Basis bildet ein Beschluss der zyprischen Zentralbank, die sich dabei auf ein soeben vom zyprischen Parlament gebilligtes Abwicklungsgesetz stützen kann. Spareinlagen bis 100.000 Euro, die nach europäischem Recht geschützt sind, werden generell nicht an dem finanziellen Rettungspaket beteiligt. Dafür werden Aktionäre, Anleihegläubiger und Einleger beider großer Banken in erheblichem Umfang beteiligt. Unversicherte Einlagen der Laiki Bank, die

mit 4,2 Milliarden Euro beziffert werden, gehen in eine sogenannte ‚Bad Bank‘ und werden damit aller Voraussicht nach zu 100 Prozent verloren gehen. An der Rekapitalisierung der zweiten angeschlagenen zyprischen Bank, Bank of Cyprus, werden Aktionäre, Anleihegläubiger und Einleger mit mehr als 100.000 € Einlagen beteiligt. Unversicherte Einlagen bleiben eingefroren, bis die Rekapitalisierung durchgeführt ist. Auch sie dürften zu einem größeren Teil verloren gehen.“ (F.A.Z. v. 25.3.2013).

Die traurige Wahrheit ist, dass wir alle unermesslich hoch verschuldet sind, und daher irgendwann zur Kasse gebeten werden denn es gibt nur drei Möglichkeiten für einen Staat sich zu entschulden. Sei es durch höhere Steuern und/oder Abgaben und/oder durch höhere Inflation und/oder durch direkte Enteignung via Schuldenschnitt oder Zugriff auf Konten. Diese Arzneien schmecken aber alle bitter. Meiner Meinung nach ist Zypern erst der Anfang und der „Versprecher“ des niederländischen Finanzministers Dijsselbloem bestätigt mich in meiner Einschätzung. Auch wenn er kurz darauf heftig zurückgerudert ist, glaube ich dass Zypern tatsächlich die „Blau-pause“ war. Bankkunden und Sparer werden künftig für die Sanierung von Banken und Staatshaushalten bluten müssen. Und das ist für mich die wichtigste Lehre aus der Zypern-Krise.

Was mich erheblich irritiert und mir ganz große Sorgen bereitet ist die Sorglosigkeit der Aktienmärkte, die die Politiker zunehmen auf ihrem Irrweg bestätigt. Was wir erleben ist, dass die Probleme nicht gelöst, sondern in die Zukunft verschoben werden. Das ging noch nie gut und hat sich immer gerächt.

Autorin: Marianna Gurmman